

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/106: 04.07.1946 – 06.09.1946

04.07.1946

WBZ: Der deutsche Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Hermann Jahreis (1894-1992) erklärt am 4. Juli 1946 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof (x111/188-189): >>Die Angeklagten sind sich der Strafbarkeit ihrer Handlungen nicht bewußt gewesen.

Der leitende Grundsatz bei den Veränderungen der deutschen Verfassung nach 1933 ist das Führerprinzip gewesen, wodurch die Angeklagten von jeder Verantwortung für ihre Amtshandlungen enthoben wurden.

Die Prinzipien des Völkerbundes und des Kellogg-Paktes sind auch schon vor dem Sommer 1939 durchbrochen und im Abessinien-Krieg endgültig hinfällig geworden, so daß beim Ausbruch des 2. Weltkriegs keine den Krieg verbietenden völkerrechtlichen Bestimmungen mehr bestanden haben.

Nach dem Völkerrecht gibt es keine Verantwortlichkeit von Einzelpersonen. ...

Das alte Völkerrecht hat auch keinen Unterschied zwischen erlaubten und verbotenen Kriegen gekannt.

Auch der Bruch eines Vertrages ist nach dem bestehenden Völkerrecht nicht strafbar ...

Somit ist das Statut des internationalen Militärtribunals revolutionär, ein Strafgesetz mit rückwirkender Kraft, das gegen den Rechtsgrundsatz "nulla poena sine lege" ("keine Strafe ohne Gesetz") verstößt.<<

07.07.1946

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) lehnt am 7. Juli 1946 Dänemarks Gebietsforderungen ab (x111/190): >>Schleswig ist ein Teil Deutschlands.

Das Streben, von Deutschland wegzukommen, und alle Bemühungen, irgendeinen Teil Schlesiens abzutrennen, erfolgt nicht aus Liebe zum dänischen Volk, sondern einzig und allein wegen des dänischen Specks. ...<<

09.07.1946

Frankreich: Der sowjetische Außenminister Molotow erklärt am 9. Juli 1946 während der Pariser Konferenz (x111/190): >>Die Sowjetregierung hält es für nötig, die Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen. ...

Die Sowjetregierung besteht darauf, daß von seiten Deutschlands die Reparationsforderungen in der Höhe von 10 Milliarden Dollar erfüllt werden, da dies nur einen Teil der von der Sowjetunion und ihren Völkern erlittenen Schäden darstellt.<<

10.07.1946

Frankreich: Außenminister Bidault erklärt am 10. Juli 1946 während der Pariser Konferenz (x039/230): >>... Die Konferenz von Potsdam hat in Bezug auf Ostdeutschland prinzipiell zwar provisorisch, sachlich jedoch grundlegende Abmachungen getroffen, welche die französische Regierung nicht strittig gemacht hat.<<

Der sowjetische Außenminister Molotow kündigt am 10. Juli 1946 in Paris den Abschluß ei-

nes Friedensvertrages mit dem Deutschen Reich an (x111/190): >>Die Zeit ist gekommen, da wir die Frage der Geschicke Deutschlands und den Friedensvertrag mit ihm erörtern müssen. Die Sowjetregierung war stets der Meinung, daß Rachegefühl kein guter Ratgeber in solchen Angelegenheiten sei.

Es ist nicht richtig, Hitler-Deutschland mit dem deutschen Volk zu identifizieren, obwohl das deutsche Volk die Verantwortung für die Aggression Deutschlands und für deren außerordentlich schwere Folgen nicht von sich abschütteln kann. ...

Ich gehe davon aus, daß es im Interesse der Weltwirtschaft und der Ruhe in Europa nicht richtig wäre, den Standpunkt der Vernichtung Deutschlands als Staat oder seine Umwandlung in einen Agrarstaat unter Zerstörung seiner hauptsächlichsten Industriekräfte einzunehmen.

Eine solche Einstellung würde zur Untergrabung der Wirtschaft Europas, zur Zerrüttung der Weltwirtschaft und zur chronischen politischen Krise in Deutschland führen, deren Auswirkungen eine Bedrohung des Friedens schaffen würden. ...

Wir sind natürlich im Prinzip für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, doch muß vor Abschluß eines solchen Vertrages eine einheitliche deutsche Regierung geschaffen werden, die demokratisch genug ist, um alle Überreste des Faschismus in Deutschland auszumerzen, und die genügend Verantwortung besitzt, um alle Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten zu erfüllen und insbesondere hinsichtlich der Reparationsleistungen an die Verbündeten. ...<<

11.07.1946

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 11. Juli 1946 während einer gemeinsamen Sitzung des Zonenbeirats in Hamburg (x111/191): >>Wenn wir einmal zu einem vereinten Deutschland mit Ländern von beträchtlicher Kompetenz kommen, dann wird auch die Einheit dieses Deutschland nicht die letzte Erfüllung unserer Wünsche sein, sondern die letzte Erfüllung unserer Wünsche wäre eine Europa-Föderation, in der Deutschland gleichberechtigt und gleichgeachtet ist, ich möchte sagen, eine europäische Föderation, die nicht nur in europäischen, sondern in weltmäßigen Aufgaben ihr Ziel sieht. ...<<

Der CDU-Politiker Hans Schlange-Schöningen (1886-1960) fordert am 11. Juli 1946 während dieser Sitzung des Zonenbeirats in Hamburg (x111/191): >>... Ich will in meine Heimat (nach Ostdeutschland) zurück ... Wir wollen mindestens bis zur Oder zurück.<<

Großbritannien: Großbritannien schlägt am 11. Juli 1946 eine einheitliche Wirtschaftspolitik für das gesamte Deutschland vor.

12.07.1946

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 12. Juli 1946 (x114/2.157): >>... Nachdem die Deutsche Bücherei in Leipzig in Zusammenarbeit mit den russischen Besatzungsbehörden ein Verzeichnis der auszusondernden Literatur herausgebracht hatte, ist jetzt auch die Liste der amerikanischen Militärregierung erschienen. Auch sie bezieht sich auf den Befehl Nr. 4 des Alliiertes Kontrollrates. ...

In Ihrer Form bietet die amerikanische Liste ein völlig anderes Bild als das russische Verzeichnis. Enthält diese 15.000, so umfaßt die amerikanische Liste nur 1.000. ...

In einer großen Zahl von Fällen ist man dagegen genau so vorgegangen wie in Leipzig. Man hat die nationalsozialistischen Schriften bestimmter Autoren auf die Verbotsliste gesetzt, ihre übrigen Werke dagegen nicht angetastet so zum Beispiel bei Kolbenheyer, Hans Grimm, Gustav Frenssen, Hanns Heinz Ewers und Bruno Brehm.

Dagegen sind zwei in ihrer literarischen Qualität anerkannte, politisch äußerst angreifbare Autoren, die man in Leipzig mit einem großen Teil tolerierte, einem Totalverbot durch die amerikanischen Autoritäten verfallen: der norddeutsche Bauerdichter Friedrich Giese und der frühere Präsident der Reichsschrifttumskammer Hanns Johst, der in seiner früheren Produktion Pazifist war. ...

Keine Revolution, auch nicht die Umerziehung eines Volkes zu Duldsamkeit und freiem Denken, kann der Verbote ganz entbehren.

Es wäre zu wünschen, daß die Zeit nicht mehr ferne ist, in der sich sowohl auf publizistischem wie auf literarischem Gebiet alle Verbotstafeln erübrigen. Nationalistische Hetzschriften hätten dann, als Dokumente der menschlichen Dummheit, Kuriositätenwert, und Pamphlete gegen "Rassenfeinde" würden sich wegen ihrer Lächerlichkeit von selbst verbieten.<<

Schweiz: Die Zeitung "Vaterland" berichtet am 12. Juli 1946 über die schlimmen Zustände im Ruhrgebiet (x117/30): >>Zerstörte Städte bieten einen gespenstischen Anblick, furchtbarer und gespenstischer aber ist der Anblick von Menschen, aus deren Gesichtern die letzte seelische und materielle Not spricht, die keine Hoffnung mehr zuläßt.

Und in diese Städte strömen neue Menschenmassen. ...<<

15.07.1946

Europa: In den europäischen Staaten stehen der Bevölkerung damals pro Tag folgende Kalorienwerte zur Verfügung (x111/192): >>Irland 3.200 Kalorien, Dänemark 2.920 Kalorien, Großbritannien 2.850 Kalorien, Schweiz 2.800 Kalorien, Schweden 2.790 Kalorien, Norwegen 2.480 Kalorien, Frankreich 2.300 Kalorien, Italien 1.800 Kalorien, Österreich 1.700 Kalorien und Deutschland 1.550 Kalorien.<<

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 15. Juli 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/48): >>Der englische Lagerkommandant erklärte heute, daß der erste Teil der "Aktion Honigbiene" (... Übernahme Deutscher aus dem Osten gegen Abgabe deutscher Menschen aus dem Westen in Richtung Ost ...) beendet sei und die "britisch-russische Grenze in Besenhausen durch Schließung des Schlagbaumes zunächst gesperrt" werde.

Seitdem die englische Armee "in Vollzug der Abmachungen unserer Staatsmänner" das Lager eröffnet habe, seien 820.000 Deutsche registriert. Friedland hätte täglich rund 3.000 Personen aufgenommen. ...

Im übrigen sollen die Wellblechhütten Fußböden aus Holz erhalten. Bisher kampierten und schliefen (die Vertriebenen) ... auf dem mit Unrat übersäten Lehm des Ackerlandes einer Ziegelei.<<

16.07.1946

WBZ: Ein US-Militärgericht fällt am 16. Juli 1946 in Dachau die Urteile gegen 73 ehemalige Angehörige der 1. SS-Panzerdivision Leibstandarte-SS "Adolf Hitler" ("Malmedy-Prozeß").

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Malmedy-Prozeß" (x051/371-372): >>Malmedy-Prozeß, Verfahren eines amerikanischen Militärgerichts in Dachau gegen 73 ehemalige Angehörige der 1. SS-Panzerdivision Leibstandarte-SS "Adolf Hitler" u.a. wegen Ermordung von 71 amerikanischen Kriegsgefangenen in Malmedy am 17.12.44; einer der umstrittensten Kriegsverbrecher-Prozesse.

Die Anklage stützte sich auf Geständnisse der Angeklagten, die, nach deren Aussage in der Hauptverhandlung, durch psychischen Druck und physische Gewaltanwendung erwirkt worden waren.

Obwohl sonstige Beweismittel im Wesentlichen nicht vorlagen, wurden am 16.7.46 43 Angeklagte zum Tod, 22 zu lebenslänglichen und die restlichen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Durch Bemühungen insbesondere des amerikanischen Chefverteidigers W. M. Everett setzte der Gerichtsherr, General Clay, 41 Urteile (27 Todesurteile, zwölf lebenslängliche und zwei zeitige Haftstrafen) herab und hob 13 (vier Todesurteile, acht lebenslängliche und eine zeitige Haftstrafe) auf. Nach Überprüfungen - u.a. durch einen Ausschuß des amerikanischen Senats - wurden weitere Urteile abgeändert. Die noch bestehenden sechs Todesurteile wurden 1951 durch den amerikanischen Oberbefehlshaber für Europa, General Handy, in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt. Wenig später wurde in 31 Fällen nochmals Strafherabsetzung im

Gnadenweg verfügt.

Einer der Hauptangeklagten, SS-Standartenführer Peiper, wurde 1976 in Frankreich nach einer Pressekampagne in Sachen Malmedy von unbekannt gebliebenen Tätern ermordet.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 16. Juli 1946 über die "Pariser Konferenz" der alliierten Siegermächte (x111/193): >>>Das Dunkel, das über der Politik der verschiedenen Mächte gegenüber Deutschland lag, hat sich jetzt gelichtet.

Einigkeit unter sämtlichen Alliierten besteht nur in der Saar-Frage. Bei der Ruhr haben sich Amerika, England und Rußland gegen Frankreich für das Verbleiben dieses Gebietes bei Deutschland erklärt. ...

Keine der Mächte hat der Notwendigkeit einer deutschen zentralen Regierung widersprochen. Molotow fordert aber nicht nur eine Zentralregierung, sondern eine zentralistische Regierung, während die drei Westmächte eine föderative Gliederung eines neuen deutschen Staates im Auge haben.

Die Forderung nach dem Föderalismus ist die Antwort auf die Überzentralisierung des Dritten Reiches, die eine Entmündigung und politische Entmachtung der demokratischen Kräfte von unten her brachte.<<

18.07.1946

WBZ: Das "Handelsblatt" berichtet am 18. Juli 1946 über die dramatische Ernährungslage (x111/193): >>... Nur wenn es gelingt, die Millionen hungernder Städter vom Lande fernzuhalten, kann mit einer besseren Erfassung auf den Bauernhöfen gerechnet werden.

Dies setzt jedoch eine allgemeine Erhöhung der Rationen voraus, denn bei Rationen von etwa 1.000 Kalorien am Tage wird es niemals gelingen, das Hamstern von Lebensmitteln und den Schwarzen Markt zu unterbinden.<<

20.07.1946

Berlin: Ein Vorschlag der US-Regierung, die Wiedervereinigung der Besatzungszonen anzustreben, wird am 20. Juli 1946 im Alliierten Kontrollrat von Frankreich und der Sowjetunion abgelehnt (x009/507).

WBZ: Robert H. Jackson (1892-1954, nordamerikanischer Hauptankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß) erklärt während seiner Schlußrede am 20. Juli 1946 (x114/2.133):

>>Nirgends ist der ganze Verbrechenskatalog der Unterdrückung und des Terrors innerhalb Deutschlands so gut mit den Kriegsverbrechen verschmolzen gewesen, wie in der sonderbaren Mischung von Schwätzeri und Klugheit, welche die Aussagen Hermann Görings ausmachten. Göring hat überall seine Hand im Spiel gehabt und ist nebst Hitler der Mann gewesen, der die Tätigkeit aller Angeklagten zur gemeinsamen Anstrengung zusammengehalten hat.

Der blinde Eiferer Heß hat, bevor er der Wanderlust erlag, die Parteimaschine instand gehalten. ...

Keitel, ein schwacher und willfähriger Mann, hat die Wehrmacht der Partei ausgeliefert.

Der Großinquisitor Kaltenbrunner hat den blutigen Mantel Heydrichs angezogen.

Rosenberg hat die Haßlehre geschaffen.

Der fanatische Frank hat die neue autoritäre Ordnung ohne Gesetz errichtet, und Frick hat die Aufgabe gehabt, die Polizei zu überwachen, um dafür zu sorgen, daß die Nazis an der Macht bleiben.

Streicher hat obszöne Flugblätter über die Rassenfrage verfaßt.

Funk hat die Wiederaufrüstung beschleunigt, und die Hexenkunst Schachts hat es Hitler ermöglicht, das kolossale Rüstungsprogramm in aller Heimlichkeit zu finanzieren.

Dönitz hat seinen Unterseebootmördern den Befehl gegeben, die Seekriegsführung mit der Grausamkeit des Dschungels zu betreiben.

Raeder hat die deutsche Marine wieder aufgebaut und sie zu einer Reihe von Aggressionen verwendet.

Schirach, der Vergifter einer Generation, hat die deutsche Jugend in die Lehre Hitlers eingeführt.

Sauckel ist der größte Sklavenhalter seit der Zeit der ägyptischen Pharaonen gewesen.

Jodl hat die Wehrmacht in Verletzung des eigenen Ehrenkodex geführt. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 20. Juli 1946 über den 2. Jahrestag des "20. Juli 1944" (x111/194): >>... Wäre der Aufstand gelungen, man hätte die Männer des 20. Juli als Verräter angesehen und ihnen die Schuld an der Niederlage zugeschoben. Eine fortwuchernde nationalsozialistische Ideologie hätte eine neue Dolchstoß-Legende erfunden. Der Prozeß der Selbsterkenntnis im deutschen Volk wäre unermesslich schwierig geworden. "Hitler hätte es geschafft": Von dieser Meinung wären wir kaum losgekommen. ...

Es ist leicht, gegen den 20. Juli politische Einwände zu erheben. Aber wer war damals bereit, sein Leben, seine Familie und die Achtung der Welt im Kampf gegen Hitler aufzugeben?

Die Männer des 20. Juli hätten sicherlich jeden begrüßt, der mitgemacht oder es besser gemacht hätte. Die Aktion des 20. Juli war insofern falsch, als sie zu spät kam, mit unzulänglichen Mitteln durchgeführt wurde und noch keine eindeutige demokratische Tendenz vertrat. Aber die Unzulänglichkeiten müssen von der Realität einer zwölfjährigen nationalsozialistischen Herrschaft aus verstanden werden. ...

Der 20. Juli war politisch eine Fehlleistung. Er ist aber gleichzeitig ein menschliches Vermächtnis an die deutsche Nation.<<

28.07.1946

Frankreich: Ministerpräsident Charles de Gaulle schlägt am 28. Juli 1946 "praktische, einfache Deutschland-Lösungen" vor (x156/33-34): >>Deutschland bleibt Deutschland, das heißt, ein großes Volk, konzentriert im Herzen Europas, ein Volk, das sich im Abgrund doch noch seiner Höhepunkte erinnert und das der Dämon des Krieges noch eines Tages dazu verleiten könnte, seine Größe wiederzufinden, wenn man ihm die Möglichkeit gibt, seinen Ehrgeiz mit dem eines anderen Volkes zu verbinden.

Es ist die Aufgabe Frankreichs, zu verhindern, daß Deutschland wieder ein zentralisierter Einheitsstaat, kurz das "Reich" wird, dessen Bewaffnung und Drang immer die Bedingungen seiner kriegerischen Unternehmungen bildeten.

Jetzt, da der Geist des Friedens sich sehr schüchtern bewegt, da die internationale Zusammenarbeit noch nicht über die Verfahrensstreitigkeiten hinausgekommen ist und es in die Augen fällt, daß sehr viel Zeit noch vergehen muß, bis eine solche internationale Zusammenarbeit verwirklicht wird, vor allem, da es unter den siegreichen Mächten Differenzen gibt, von denen keiner weiß, wohin sie noch führen können, wie sollen wir da zugeben, daß man jetzt politisch oder wirtschaftlich – was bald auf dasselbe herauskäme – das Instrument wiederherstellt, welches dasjenige Bismarcks, Wilhelm II. und Hitlers war?

Der Vorschlag Frankreichs ist eine ehrliche, praktische, hinsichtlich Deutschlands menschliche und einfache Lösung, und jeder kennt sie. Die verschiedenen traditionsgebundenen deutschen Einheiten: Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz, Provinz Rheinland, die nordwestlichen Provinzen sollen wiedererstehen, sich selbst verwalten und jede sich auf ihre Rechnung und auf ihre Art und Weise einrichten.

Das ungeheure Arsenal der Ruhr soll unter internationale Kontrolle gestellt werden, nicht um die deutsche Bevölkerung des Lebensnotwendigen zu berauben, sondern um unter den Nachbarstaaten die für das wirtschaftliche Leben aller notwendigen Kohle aufzuteilen.

Das Saarbecken, dessen Kohle uns durch den Versailler Vertrag übergeben wurde, deren Ausbeutung sich ganz natürlich an den unserer Erzbergwerke anschließt, soll in die französische Wirtschaft eingegliedert werden.

Polen soll eine Westgrenze bekommen, die den im Osten erlittenen Verlust wiedergutmacht.

...<<

Der stellvertretende Militärgouverneur der nordamerikanischen Besatzungszone, US-General Lucius D. Clay, berichtet später über die französische Einstellung (x156/34): >>Vielleicht hätten wir ohne das französische Veto innerhalb der ersten 6 Monate zentrale Verwaltungsstellen für ganz Deutschland schaffen und innerhalb oder außerhalb dieser Einrichtungen mühevoll um eine einheitliche Wirtschaftspolitik ringen können.

Bestimmt hätten sich unsere wirtschaftlichen und später unsere politischen Meinungsverschiedenheiten mit der Sowjetregierung auch so ergeben. Ein Deutschland, in dem zentrale Verwaltungsstellen überall ihre Zuständigkeit ausübten, hätten sie möglicherweise weniger leicht gespalten. Ohne deutsche Verwaltungsstellen, die ihre Anweisungen ausführten, konnte die Viermächte-Regierung nicht zum Erfolg führen.

6 Monate nach Potsdam war das sowjetische Expansions-Programm angelaufen. Das kommunistische Machtstreben in den Satelliten-Staaten nahm an Wucht und Umfang zu. Übereinstimmung in Deutschland war da nicht mehr möglich. ...<<

Juli 1946

Ostdeutschland: Da man aus den abgetretenen ostpolnischen Gebieten jenseits des Bug nur rund 1,4 Millionen Polen repatriieren und in den deutschen Ostgebieten ansiedeln kann, richtet sich ab Juli 1946 die Ansiedlungswerbung verstärkt an die Bevölkerung Zentralpolens.

Polnische Werbungskommissionen versuchen sogar, die im rheinisch-westfälischen Ruhrgebiet und in Frankreich lebenden Bergarbeiter polnischer Abstammung für eine Ansiedlung in Ostdeutschland zu gewinnen (x001/119E).

WBZ: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene berichten später über ihr bitteres Schicksal in den norddeutschen Gemeinden im Juli 1946 (x024/183-187): >>... Die Aufnahme hier war äußerst schlecht und ablehnend. Wir wurden als Pollacken bezeichnet. Da wir aber schon viel Leid erfahren hatten, ertrugen wir es hier auch mit Fassung und versuchten, einigermaßen zurechtzukommen. Sehr viel später hat sich einiges gebessert.

... Nach 4 Tagen Fahrt kamen wir in einem reichen Bauern- und Viehhändlerort in der Nähe von Bremen an, der keinerlei Kriegsschäden hatte. Die Einheimischen hatten noch kurz vor dem Kriegsende ein dort befindliches riesiges Lager der Kriegsmarine ausgeschlachtet. Da kamen wir in das dortige Jugendheim. Wir lagen auf Stroh und bekamen nichts zu essen. Wir hatten nicht einmal einen Ofen im Raum, um unseren Kindern, die 7 und 8 Monate alt waren, etwas Warmes zum Trinken zu machen.

Keiner kümmerte sich um uns, weder die Gemeinde noch die katholische Kirche – ein Dr. theol. – predigte noch sonntags gegen die Vertriebenen, wie er auch in seinem riesig großen Pfarrhaus nicht einmal den vertriebenen Geistlichen, die gelegentlich zu Abhaltung von Gottesdiensten für die Vertriebenen kamen, ein Obdach für eine Nacht gewährte. ...

Christliche Nächstenliebe! Da leben heute die Ausländer bei uns wie die Fürsten im Vergleich zu unserem Vertreibungsland.

... Der Pfarrer sprach von den Flüchtlingen als eine Strafe Gottes und das Gottesvolk drängte die Flüchtlinge aus den Kirchenbänken hinaus. Und wenn jemand vor Hunger schwarz vor den Augen wurde und er sich während der Messe hinsetzte, wurde er so lange und deutlich mit dem Gebetbuch in den Rücken gestupst und mit bösen Blicken bedacht, bis er wieder kniete. ...

Es folgte eine bittere Zeit, in der ich mehr geweint als Brot gegessen habe. Man machte es den Flüchtlingen nicht leicht. Nur zu oft wurde man mit häßlichen Redensarten beschimpft. Mit meinem kleinen Kind auf dem Arm ging ich von Tür zu Tür, um eine Bleibe zu suchen. Schließlich erbarmte sich eine ältere Dame, der eben die Mutter gestorben war, und bot mir ein möbliertes Zimmer an. Ich war glücklich. ...

... Gemeinsam mit anderen Leidensgenossen wurden wir nach Soltau verladen. Dort angekommen, wurden wir zunächst in ein Lager gesteckt, eine ehemalige Baracke, die alles andere

als ordentlich, eher als Zumutung zu bezeichnen war. In einem großen Raum waren an einer Seite einige Tische und Bänke. Auf der anderen Seite waren aus rohen Brettern zusammengeschlagene Etagenbetten mit Strohsäcken. Da schliefen nun Männlein und Weiblein und Kinder dazwischen – alles durcheinander.

Im sogenannten Waschraum war nur ein einziges Gefäß zum Waschen, daß die Männer als Kopf einer Bombe erkennen wollten. Eine Toilette gab es nicht, ein Stück von der Baracke entfernt war im Wald eine Latrine.

Als Eßgeschirr dienten zum Teil leere Konservendosen. Ich hatte in den letzten Jahren so manche Erniedrigung erlebt. Aber eine Woche Aufenthalt in diesem Lager machte so recht deutlich, daß der Mensch nicht viel mehr wert war als ein Stück Vieh, im Gegenteil, das wurde oft besser behandelt. Und dies 4 Wochen vor der Geburt meines zweiten Kindes. ...

Wir und unser Bündel wurden auf ein Lastauto verladen und einige Kilometer weiter auf einem Bauernhof wieder abgeladen. Kein Mensch war zu sehen, die Türen alle verschlossen. ... Mein Mann holte den Gendarmeriebeamten. Schließlich fanden sie den Bauern. Es gab einen heftigen Wortwechsel zwischen den beiden. Uns war es sehr peinlich. Am Ende wies uns der Bauer eine Knechtekammer an, mit Eingang vom Stall. Darin stand nur ein schmales Bett und eine Kiste. ...

Ein Teil unserer Landsleute kam aufs Land, die anderen blieben in Peine. ... Wir haben zu dritt ein freundliches Zimmer, den Blick auf einen Garten. Die Blautanne vor dem Fenster erinnert ein wenig an unsere 2 stolzen Wächter vor unserem fernen, verlassenen Haus. Dieses Zimmer ist nun unsere Welt, es umfaßt unseren ganzen Besitz und unser tägliches Leben. Ein kleiner eiserner Kochherd ist auch hineingestellt worden.

... Die ruhigen Nächte sind erquickend, keine persönliche Bedrohung ist mehr zu befürchten, kein Pochen an der Haustür erschreckt uns.

Aber je mehr wir den Lebensrhythmus der Stadt erfassen, um so tiefer empfinden wir, daß wir Eindringlinge sind, die Wohnungsnot und Ernährungsschwierigkeiten noch vermehren. ... Entwurzelt zu sein, ist das schwerste Los, das Menschen treffen kann. ...<<

Ein kirchliches Hilfswerk im Ruhrgebiet berichtet im Juli 1946 (x117/58): >>Der neunjährige Ostflüchtling Hans M. wurde von der Bahnhofsmision aufgegriffen. Er hatte nur eine zerlumpte Hose an und besaß sonst kein Kleidungsstück. Nach seinen Angaben ist der Vater vermißt und die Mutter verstorben. Er hat keine Angehörigen und besitzt nichts. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den nicht selten bitteren Anfang der deutschen Vertriebenen im Westen (x024/183): >>Auch wenn es unter den Einheimischen im Westen Männer und Frauen gab, die mit Tatkraft halfen, das Los der Ankommenden zu lindern, so muß doch festgehalten werden, daß das Zusammentreffen der Flüchtlinge mit den Einheimischen in der Regel enttäuschend war.

Von einer Welle der Sympathie zu den Betroffenen konnte wahrlich nicht die Rede sein. Es war schon bestürzend, wie gleichgültig und ablehnend sich Deutsche ihren Landsleuten gegenüber verhielten. ...<<

Schweiz: Die "Neue Berner Zeitung" berichtet im Juli 1946 über die Hungersnot im Ruhrgebiet (x117/112): >>Soll man sich auf den Standpunkt stellen, je mehr Deutsche zugrunde gehen, um so besser?

Das würde nicht weniger bedeuten, als daß der schlimmste Naziungeist auch uns erfaßt hat.

Oder soll man nicht eher den Notleidenden die helfende Hand reichen?

Wollen wir nicht gerade darum, weil wir keine Nazis sind, auch zeigen, daß wir anders sind und die reine Menschlichkeit höher stellen als alle politischen Rechnungen? ...<<

02.08.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 2. August 1946 aus Bay-

ern (x124/207-208): >>Dr. W. besucht, der recht deprimiert von einer Inspektionsreise durch die Flüchtlingslager zurückgekommen ist. ...

Die Kloaken rinnen in die Baracken, die Folge sei eine unausstehliche Mückenplage, die Waschgelegenheiten sind mehr als notdürftig, die Räume überbelegt. Niemand nehme sich der Kinder an, die wie junge hungrige Hunde in der Gegend umherstreunen. ...

Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins hat infolge des Flüchtlingszustroms von 1.500.000 auf 2.730.000 Menschen zugenommen. Die Briten haben den Zuzug nach dieser Provinz gesperrt.

...

Das Schwabinger Krankenhaus, das die Amerikaner beschlagnahmt haben, verfügt über 4.000 Betten. Nicht einmal ein Sechstel davon sind belegt, und unter den Kranken befindet sich nach unseren Begriffen kaum ein spitalfähiger Fall. Während in unseren Kliniken die Kranken auf den Gängen liegen, benutzen die Besatzer die Räume u.a. als Absteigquartier für ihre Fußballmannschaften. ...<<

03.08.1946

WBZ: Das Eheverbot für britische Besatzungssoldaten und deutsche Frauen wird am 3. August 1946 aufgehoben.

09.08.1946

WBZ: Das "Handelsblatt" berichtet am 9. August 1946 über die sowjetischen Reparationsforderungen (x111/202): >>Es ist schwer, sich ein genaues Bild von der Größe der russischen Forderung zu machen. Zunächst ist nicht erkennbar, ob die weitgehenden Demontagen deutscher Industrieanlagen in der russischen Zone angerechnet werden sollen. Zweifellos hat es sich hier um eine Wiedergutmachung gehandelt.

Für ihren Umfang fehlen Berechnungsunterlagen, doch wurden bis Ende Mai 1946 schon die Listen der ausgebauten Firmen im hochindustrialisierten Sachsen beispielsweise auf 60 % der ehemaligen Kapazität geschätzt, bei der Werkzeugmaschinenindustrie wurden sogar 90 % erreicht. ...<<

12.08.1946

Berlin: Die Berliner Zeitung "Der Tagesspiegel" berichtet am 9. August 1946 über die "Ausgerichtete Literatur" (x111/203): >>Wenn wir von einem kulturellen Beirat hören, den die Zentralverwaltung für Volksbildung in der russischen Besatzungszone sich angegliedert hat, um eine gewisse Planung im Verlagswesen durchzuführen, so drängt sich uns der nicht unbegründete Argwohn auf, hier solle im Fahrwasser der Reichsschrifttumskammer und ihrer verschiedenen Dienststellen zur Förderung arteigenen Schrifttums, nur unter umgekehrtem Vorzeichen, eine Art Einheitsliteratur herangezüchtet werden.

Erich Weinert, der seit kurzem die propagandistisch wirksamsten Zweige der Volksbildung unter seine Fittiche genommen hat, läßt sich die Verlagsprogramme einreichen und empfiehlt nun, sekundiert von einem eigens ausgewählten Gremium zuverlässiger Parteigänger, welches für die Gegenwart besonders wichtige Schrifttum in der Verlagsproduktion zu bevorzugen und welches unerwünscht sei. ...<<

13.08.1946

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 13. August 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/48-52): >>13. August 1946: ... Die ersten aus Rußland entlassenen deutschen Kriegsgefangenen für die britische Zone trafen ein, fieberhaft seit Tagen von vielen Angehörigen erwartet, die aus Köln und Hamburg, Dortmund und Lübeck Schlangen an den Straßenrändern bildeten, um möglichst den Vater oder Bruder, den Sohn oder Bräutigam sogleich zu erspähen. ...

Zunächst kamen ... Sanitätswagen, angefüllt mit Schwerkranken und Marschunfähigen. Einzelne magere, unendlich abgezehrte Gesichter, fast unmenschliche Gesichter versuchten durch die kleinen Fenster der unförmigen Autos zu sehen. ...

Dann dahinter, in langen Reihen, ohne Tritt, immer zu sechst, müde und matt, mit leeren Blicken und kahlgeschorenen Köpfen, eingehüllt in Fetzen ehemaliger Uniformen, mit Stöcken, Krücken oder den unvermeidlichen, aus alten Konservendosen hergestellten Eßnapfen in den Händen, kamen diejenigen, die einst gesund ... "gen Osten" ausziehen mußten.

Auch auf den abgestumpften Gesichtern der englischen Soldaten zeichnete sich ein ungläubiges Erschrecken ab; die deutschen Frauen im Straßengraben fingen an zu weinen, einzelne versuchten zaghaft zu winken, aber die schmutzige Masse der ... unendlich bemitleidenswerten Gestalten, die da ausgemergelt und ausgelaugt daherwankten, gab kaum ein Zeichen zurück.

Sie kamen ohne jedes Gepäck, ohne Decke und ohne Mantel, wenige nur ein armseliges, kleines Bündel tragend. Die Gesichter waren grau und zerfurcht, manche auch von Ekzemen zerfressen.

Junge Burschen, zuletzt noch in den Krieg hineingerissen, schienen ... um Jahrzehnte gealtert. Kräftige Männer von einst setzten nur mühsam ein Bein vor das andere. ...

Kolonnen in Militärdrillichhosen, gebrauchten Zivil- oder Uniformstücken, mit Segeltuch gespannte Holzschuhe an den Füßen, oft einen der ihren untergefaßt, folgten. ...

Die letzten Reihen bestanden aus denen, die offenbar immer weiter zurückgeblieben waren. Sie sahen nicht nach links und nicht nach rechts ...

Aber sie wollten nicht aufgeben. Sie hatten sich an den Händen gefaßt, schlürften, gestützt auf ihre Knüppel oder auf die Schulter des Nebenmannes, daher, immer weiter, immer weiter. Nur nicht zurückbleiben, nach Hause, nach Hause.

Auf einer Behelfstrage ... trugen 4 Männer einen Halbtoten, ... der stockend vor sich hin murmelte: "Nicht liegenlassen, Kameraden. Nehmt mich mit, Kameraden ...

Auf "englischem Boden" erhielt jeder Heimkehrer ... einen halben Liter heiße Schokolade. Dann bestiegen die gequälten, geduldigen, kaum sprechenden und fast völlig apathischen Menschen die bereitstehenden Omnibusse, um ins Lager Friedland gefahren zu werden.

Diejenigen, die nicht mehr weiterkonnten, schleppten sich nach der Fahrt in eine der Baracken, fielen nieder und waren durch nichts zu bewegen, wieder aufzustehen. Andere setzten sich, da wo sie standen, einfach auf den Erdboden. Für die große Mehrzahl aber begann die unvermeidliche Maschinerie des Lagerbetriebes zu laufen.

Zunächst wurden politische Fragebogen verteilt, die jeder sofort auszufüllen hatte. ...

Dann hieß es in Reihe anstehen, Schlange bilden, um registriert zu werden. Und geduldig, wie die Schafe, stellte sich einer hinter den anderen. Das hatten sie gelernt.

Wer die Registrierung "durchlaufen" hatte, mußte in die nächste Baracke zur Entlausung. Das berühmte weiße Pulver flog hier nur so in riesigen Wolken umher. Denn vor Läusen haben die Engländer einen großen Respekt.

Anschließend kamen die Heimkehrer zum Arzt, um untersucht zu werden. Zum Schluß erhielt jeder Verpflegung, gute, reichliche Portionen ...

Ein kleiner Teil der ehemaligen Gefangenen bekam bereits kurze Zeit später einen Freifahrtsschein für die deutsche Reichsbahn in die Hand gedrückt und konnte einen der späten Abendzüge in Richtung Heimat erreichen. Viele aber blieben in Friedland, saßen auf den rohen Holzbänken, wortkarg, abgestumpft, still. Sie antworteten auf Fragen nur zögernd, ungerne, fast ablehnend.

Hier kamen Männer zurück, die so viel in den letzten Jahren und Monaten mitmachen, ertragen, erleiden mußten, daß für ihre Umwelt kein großes Interesse mehr übrig geblieben ist und sie ... verständnislos auf das hörten, was ihnen gesagt wurde. ...<<

Ein anderer Zeitzeuge berichtet am 13. August 1946 aus dem Grenzdurchgangslager Friedland über die Ankunft des ersten offiziellen deutschen Kriegsgefangenentransportes aus der Sowjetunion (x111/203): >>Die Sowjets ließen die schweigend fügsamen Männer in breiten Ko-

lonnen am Kontrollpunkt in Besenhausen zu fünft oder sechst antreten, hoben den Schlagbaum und übergaben sie den davor wartenden Briten.

Am britischen Schlagbaum kamen zunächst langsam und schwerfällig Sanitätswagen, angefüllt mit Schwerkranken und Marschunfähigen an. Dann näherte sich die Kolonne in langen Reihen, ohne Tritt, müde und matt, mit leerem Blick, großen kahlgeschorenen Köpfen, eingehüllt in Fetzen ehemaliger Uniformen, altem Drillichzeug. Viele gingen an Krücken und Stöcken, stützten einander, trugen Kameraden. Kaum einer erwiderte Zurufe und Winke der Tausenden, die am Wegrand warteten. Eine Welle ungläubigen Entsetzens ging durch die Menge. Die britischen Soldaten sahen fassungslos auf diese greisenhaften Gestalten. ...

Das Schlimmste aber war die Ausdruckslosigkeit der Gesichter. Sie wirkten maskenhaft; das Spiel der Mienen und der Glanz der Augen waren erloschen. Alle sahen um Jahre älter aus, als das Geburtsdatum auswies. Kein einziger war arbeitsfähig.

Die letzten aufgelösten Gruppen bestanden aus denen, die immer weiter zurückgeblieben waren. Auf einer Behelfstragbahre, bestehend aus zwei Ästen, über die Fetzen gelegt waren, trugen sie einen Mann mit schütterem grauem Bart, der murmelnd immer wiederholte: "Nicht liegenlassen, Kameraden, nicht liegenlassen!" ...<<

Während einer ärztlichen Untersuchung dieser 1.200 entlassenen Kriegsgefangenen wird festgestellt (x111/203-204): >>... daß von diesen ersten in den Westen offiziell entlassenen deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion 90 % Dystrophiker sind, 60 bis 70 % starke Kreislaufschäden haben, 40 % tuberkulös erkrankt sind und fast alle Ekzeme, Furunkulose und Phlegmone haben. Auffällig ist auch die große Zahl der Malaria-Kranken.<<

Die US-Militärregierung veröffentlicht am 13. August 1946 ein Programm für die "Wiederherstellung des deutschen kulturellen Lebens" (x111/204): >>... Zur Umsetzung in die Tat muß das Programm der "Deutschen Umerziehung" in steigendem Maße von solchen heimischen Mitteln der deutschen Kultur Gebrauch machen, welche die friedliche Entwicklung neuer Ideale und Institutionen versprechen.

Der Zusammenbruch der Zentralregierung in Deutschland hat mit sich gebracht, daß Zivilunternehmen wie Schulen, literarische Gesellschaften, Büchereien, Wohlfahrtsbehörden und Krankenhäuser von örtlichen Stellen übernommen wurden. Außer der an sich gesunden kulturellen Betätigung in örtlich begrenztem Rahmen ist es jedoch wesentlich, daß die kulturelle Wiederbelebung auf staatlicher Basis erlaubt wird.

Die Möglichkeit der Grundlage für eine deutsche Selbstachtung ist der berechtigte Stolz auf ihre früheren großen Kulturbeiträge in Literatur, Kunst, Wissenschaft und Religion.

Die Besatzungsbehörden werden sich dessen bewußt sein, daß dauernde kulturelle Veränderungen nur erzielt werden können, wenn sie von den Deutschen selbst entwickelt und aufrechterhalten werden.

Nach der Ausmerzung der Nazi-Elemente werden die Besatzungsbehörden versuchen, die Aufgabe der Umerziehung in fortschreitendem Maße auf verantwortungsbewußte Deutsche zu übertragen, und zwar so schnell es die Verhältnisse zulassen. Auch die möglichst baldige Wiederherstellung kultureller Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Nationen wird angestrebt werden.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Umerziehung nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland (x051/471): >>Reeducation (englisch Umerziehung), Bezeichnung für die Maßnahmen und Pläne der Alliierten zur Tilgung des nationalsozialistischen Gedankenguts in Deutschland, zur Rückführung der Deutschen zu Demokratie, rechtsstaatlichem Denken und einer auf den Menschenrechten beruhenden Gesinnung sowie zur Vorbereitung einer friedlichen deutschen Mitarbeit am internationalen politischen und kulturellen Leben nach 1945.

Mit welcher "Behandlung" eine solche Reeducation am besten zu erreichen sein würde, war

allerdings nicht nur zwischen den Alliierten strittig, sondern unterlag auch Schwankungen je nach politischer Opportunität (Entnazifizierung).

Der zunächst eingeschlagene Weg der Schockbehandlung durch den Vorwurf der Kollektivschuld an den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen führte jedoch eher zu Abwehrhaltungen und ließ Reeducation v.a. in politisch rechtsstehenden Kreisen zum Negativbegriff werden. Im Zuge der Ost-West-Entfremdung nach dem Krieg wurde die Reeducation-Propaganda bald modifiziert und schließlich eingestellt.<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Umerziehung seit 1946 (x306/121-126): >>**Pädagogen am Werk**

Die Re-education (Umerziehung) des deutschen (und japanischen) Volkes trug einen Januskopf. Nach rückwärts zeigte er die mürrischen Züge der Sozialpsychologie, jenem Versuch wissenschaftlicher Bewältigung gescheiterter Hoffnungen, nach vorne erglänzte er im rotwangigen Optimismus der Pädagogik und verkündete:

"Das einzige und beste Werkzeug, um noch im gegenwärtigen Geschlecht in Deutschland die Demokratie zu erreichen, ist die Erziehung."

Für die Sozialpsychologen war Reeducation der Terminus für den mühsamen Versuch der Resozialisierung von Alkoholikern, Drogensüchtigen, Gestrandeten aller Art für die Pädagogen bedeutete er die Fortsetzung der Erziehung eines Kindes, das eine Zeit lang in die Hand schlechter Lehrer geraten war. Für den mißtrauischen und empfindlichen Sozialpsychologen war die Gefahr eines Rückfalls immer gegeben, für den optimistischen Pädagogen konnte nichts schiefgehen, da der Zögling doch jetzt in den einzig richtigen Händen war.

In der weltweiten Verbreitung des pädagogischen Optimismus sahen viele Amerikaner den wichtigsten Kriegsbeitrag der USA. So hatte sich schon vor dem amerikanischen Kriegsbeitrag die Pädagogik mit einem Manifest von Ann Arbor als gestaltende Kraft für die Errichtung der Nachkriegsordnung empfohlen. Auch während des Krieges wurden die Pädagogen nicht müde, in Tagungen, Rundtischgesprächen und Vorlesungen die Probleme einer Reeducation auszuloten. Weniger Geschick zeigten sie bei den Positionskämpfen um die Einflußverteilung in der zukünftigen Militärregierung.

Die Erziehung wurde Aufgabe einer Unterabteilung, an deren Spitze zwei Hauptleute standen. Pädagogik war in den ersten Besatzungsmonaten wenig gefragt. Auch auf dem Erziehungssektor hatte zunächst der Viermächte Kontrollrat das Wort. In seiner Direktive Nr. 54 legte er fest, daß in ganz Deutschland das gleiche Erziehungssystem gelten solle. Alle Schulen sollten zur demokratischen Lebensform erziehen. Was hinter dieser zu verstehen war, blieb allerdings der Vorstellungskraft der Zonenbefehlshaber überlassen.

Diese fanden heraus, daß die demokratische Lebensform die Lebensform just ihres Landes sei. Übertrüge man diese Lebensform auf Deutschland, dann habe man auch dort die demokratische Lebensform eingeführt. Nur die Franzosen hüteten sich, den Pariser Zentralismus auf Deutschland zu übertragen, für das sie eine extrem föderalistische Entwicklung bevorzugten, und priesen lieber die Hochleistungen französischer Kultur und Zivilisation an.

Auch die Amerikaner befanden sich in einigen Schwierigkeiten, da sie hin- und herschwankten, ob sie die amerikanischen Zustände, wie sie sich geschichtlich entwickelt hatten, auf Deutschland übertragen oder ob sie von der sich in ihren Vorstellungen anbahnenden künftigen Weltordnung ausgehen sollten. Immerhin hatte die Harvard Universität 1945 ein Manifest erlassen, das in den Worten gipfelte: "Alle Nationen bedürfen der Reeducation." Die Amerikaner waren nicht ausgenommen worden.

Was auf dem Gebiet der deutschen Erziehung zu geschehen habe, sollte von einer 10köpfigen Erziehungskommission ermittelt werden, die im Sommer 1946 unter George F. Zook

Deutschland bereiste. Die Kommission berichtete am 20. September 1946 an Clay, "wie Deutschland am besten durch Erziehungsmaßnahmen, in den Kreis der demokratischen Nationen der Welt eingereiht werden könnte".

Für Pädagogen eröffnete sich in Deutschland ein weites Feld. "Da sich keine Ideologie selbst verwirklicht oder auch nur erklärt, muß die Demokratie, unser positiver Beitrag, bis ins einzelne gelehrt werden, damit die Deutschen nicht unabsichtlich - wie es die Nazis absichtlich taten - von dem gesteckten Ziel abkommen."

Doch dürfte man nicht bei der Belehrung, "dem unfruchtbaren Tat der düren Gebeine", stehen bleiben, sondern vielmehr "als wesentlichen Beitrag zur Überwindung der selbstverschuldeten gegenwärtigen Lage Deutschlands die Methoden demokratischer Lebensführung empfehlen". Denn der "Begriff Demokratie enthält Forderungen für den Marktplatz ebenso wie für den Altar und das Heim". "So müssen wir auch die Erwachsenen erziehen, um zu verhindern, (daß das Heim, die Kirche und der Marktplatz die Früchte systematischer Erziehung vergiften und ihr Ergebnis verderben."

Wie aber werden Erwachsene erzogen. Indem ihnen beigebracht wird, daß "die Politik der demokratische Kampfplatz der Erwachsenen ist, daß sie die unmittelbare und dauernde Voraussetzung einer Erziehung zur demokratischen Lebensform darstellt."

"Diese Schule der sittlichen Toleranz und der bürgerlichen Weisheit für alle Deutschen haben wir bereits errichtet. ... Von den ersten Wahlen in den Gemeinden hat sich die staatsbürgerliche Kunst der geordneten Mitwirkung aufwärts bewegt."

Die Reform der Erwachsenen durch Wahlurne, kontrollierte politische Diskussionen und Bürgerversammlungen hatte also schon Fortschritte gemacht. Was aber sollte in den Schulen geschehen? Diese hätten zunächst die Trennung von Volksschulbildung und höherer Schulbildung zu beseitigen, da hierdurch bei einer kleinen Gruppe ein Überlegenheitsgefühl, bei der Mehrzahl ein Minderwertigkeitsgefühl erzeugt worden sei, das "jene Unterwürfigkeit und jenen Mangel an Selbstbestimmung möglich machte, auf denen das autoritäre Führerprinzip gedieh".

Als erster Schritt sei eine gemeinsame Grundschule in 6 Klassen vorzusehen. Desgleichen dürfe die Ausbildung der Volksschullehrer nicht von der der Lehrer an Höheren Schulen getrennt werden. Den Fächern, "die mit akademischer Tradition überlastet und lebensfremd sind", sei der Krieg anzusagen.

"Klassenausschüssen, Diskussionsgruppen, Schulbeiräten, Schülervereinigungen, Vorhaben im Dienste der Gemeinschaft" die Tür zu öffnen. Vor allem sei der sozialwissenschaftliche Unterricht als "wichtigste Änderung, die in allen deutschen Schulen notwendig ist", nach Inhalt und Form grundsätzlich umzugestalten. "Dann werden die Sozialwissenschaften (Geschichte, Geographie, Staats- und Heimatkunde) vielleicht den Hauptbeitrag zur Entwicklung demokratischen Bürgersinns leisten."

Nach dem Besuch der Erziehungsmission konnte die Unterabteilung Erziehung nicht mehr das bisherige Schattendasein führen. Man stellte sie ans Licht, indem man an ihre Spitze einen "großen Namen" setzte, H. B. Wells, den Präsidenten der Universität von Indiana, der sich auf die Verwendung von New Deal Geldern so gut verstand, daß er mit ihrer Hilfe aus einer hinterwäldlerischen Bildungsstätte eine der modernsten Universitäten Amerikas gemacht hatte. Aus der Unterabteilung Erziehung wurde eine Abteilung, und ein großer Stab ging daran, gewaltige Reformschlachten (auf dem Papier) zu schlagen.

Als Wells 1948 nach Amerika zurückfuhr, ließ sein Nachfolger Alonzo G. Grace das ganze Reformprogramm kurzerhand in der Schublade verschwinden. Auf einer Konferenz in Berchtesgaden verkündete Grace die Abkehr von der Politik seines Vorgängers und die neue Ära in der Umerziehung. Sein Programm enthielt u.a.

Punkt 1: "Die wahre Reform des deutschen Volkes wird von innen kommen. Sie wird geistig

und moralisch sein. Die Schultypen sind von geringerer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und der Welt als das, was gelehrt wird, wie gelehrt wird und durch wen gelehrt wird."

Punkt 6: "Wir müssen nicht Schuld daran tragen, daß wir versuchen, in Deutschland, inmitten einer Umgebung, die von Verwirrung und Unsicherheit erfüllt ist, ein Ideal zu verwirklichen, das anderswo nicht vollendet wurde."

Punkt 8: "Keine Besatzungsarmee hat oder wird je erfolgreich ein pädagogisches oder kulturelles Schema einem besiegten Volke auferlegen. Militärregierung wird als Militärregierung angesehen werden, ganz gleich, wie hoch die Motive derer sind, die ein besiegtes, erobertes und besetztes Deutschland umerziehen und neu orientieren sollen. Es wird daher das Ziel der Militärregierung sein:

a) Die privaten Organisationen, die zur Erreichung des gemeinsamen Zieles einen Beitrag zu leisten vermögen, in Kontakt mit dem deutschen Volk zu bringen.

b) Ein wirksames Deutschland Programm der UNESCO zu ermutigen.

c) Als demokratisch bekannte Elemente in der deutschen Bevölkerung zu identifizieren und zu ermutigen.

d) Die Entwicklung oder Wiedererrichtung von Institutionen und Organisationen in Deutschland, die zur Erfüllung unserer Mission beitragen können, zu unterstützen."

Die Erklärung von Berchtesgaden war nicht nur für die Entwicklung auf dem Erziehungssektor charakteristisch. Auch auf anderen Gebieten gingen die Amerikaner davon ab, den Deutschen Reformen aufzuerlegen, und gingen dazu über, in die bestehende deutsche Gesellschaft Männer, Institutionen und Ideen einzubauen, die die Ziele der Militärregierung verwirklichen würden, ohne daß der amerikanische Einfluß auf den ersten Blick erkennbar war. Ein schönes Beispiel bietet das neuerdings an allen deutschen Universitäten gelehrt Fach "Politische Wissenschaften".

Dieses Fach hat zwei Väter: die sozialdemokratische hessische Regierung und die amerikanische Militärregierung. Die hessische Regierung, die schon frühzeitig an den ihr unterstehenden Universitäten Lehraufträge an Männer ihrer Couleur vergeben hatte, berief im September 1949 eine Tagung auf das Jagdschloß Waldleiningen im Odenwald ein, auf der über die Einführung der Politischen Wissenschaften auch auf den nichthessischen Universitäten beraten werden sollte. Das Protokoll dieser Tagung stimmt ironisch. Die anwesenden deutschen Professoren versuchten in alter Gelehrtradition zu erörtern, ob die Politischen Wissenschaften Wissenschaftscharakter trügen und methodisch entsprechend ausgebaut seien.

Die als "Berater" anwesenden Amerikaner unter dem Vorsitzenden des Verbandes der Politischen Wissenschaftler erklärten, daß die Politische Wissenschaft in ihrem Lande deshalb eine Wissenschaft sei, weil sie über so und so viele Lehrstühle, Zeitschriften und Institute verfüge. Der Vertreter der Militärregierung Prof. Kurt Loewenstein meinte kurzerhand, daß man einem geschenkten Gaul nicht in das Maul schauen solle und die Amerikaner für die Finanzierung der neuen Wissenschaft und Stellung von Lehrpersonen schon Sorge tragen würden. Er führte selber später den Erfolg der Tagung und die Errichtung des neuen Faches auf seine Erzählung des folgenden Witzes zurück:

Ein Irrer kam zum Professor Specht. Dieser fragte ihn, wie er heiße.

Antwort: Schneider.

Was er von Beruf sei: Schuster.

Ob es ihm nicht seltsam vorkomme, wenn er Schuster sei und Schneider heiße.

Antwort: Der Professor heiße ja auch Specht und sei ein Gimpel.

Wer bei der Errichtung des Faches Politische Wissenschaften die Gimpel waren, hat Prof. Loewenstein nicht näher ausgeführt. Nach dem Gesetz, wonach sie angetreten, entwickelte sich die Politische Wissenschaft fort. Zunächst wurden sämtliche verfügbaren Lehrstühle mit ehemaligen Amerika-Emigranten besetzt, die bei ihrer Rückkehr nach Deutschland meist we-

der ihre amerikanische Staatsangehörigkeit noch ihre amerikanischen Lehrstühle aufgaben. In Süddeutschland wurden auf diese Weise etwa die Lehrstühle in Heidelberg (Friedrich), Freiburg (Bergsträsser), München (Voegelin), Stuttgart (Golo Mann) besetzt. Später rückten dann deren (meist in Amerika ausgebildete) Schüler auf.

In einem Nachruf der Akademie für Politische Bildung (Tutzing) auf den Inhaber des Freiburger Lehrstuhls lesen wir: "Sein gedrucktes wissenschaftliches Oeuvre seit seiner Rückkehr ist schmal. Für das akademische Bewußtsein, für das deutsche in besonderem Maße, ist aber der wissenschaftliche Erweis das Buch ... Der Professor ... hat die darin enthaltene Bestreitung seines Gelehrtentums selbst sehr ernst genommen. In der von ihm vollzogenen und mehrmals wiederholten Güterabwägung waren jedoch andere Gesichtspunkte gewichtiger ...

Vordringlich war es ihm, der Politischen Wissenschaft nach dem Abbrechen der in der 1. Republik begonnenen Bemühungen die Dignität der klassischen Universitätsdisziplinen und also ihren Einbau in das alte Gefüge der deutschen Universität zu verschaffen. Das ist durch keine noch so hervorragende wissenschaftliche Leistung eines Einzelnen zu erreichen, sondern, unter den Bedingungen eines Neubeginns, nur, indem an einigen Universitäten eine große Zahl von Studenten gesammelt, intensiv gefördert und zur Promotion und Habilitation geführt werden."

Das Fach Politische Wissenschaft hat bisher nichts hervorgebracht, was in der Geschichte der politischen Ideen, in die sich so mancher deutsche Nationalökonom, Jurist oder Historiker eingezeichnet hat, festgehalten zu werden verdient. Die verbissene Wut, mit der die Politologen gegen Carl Schmitt polemisieren, scheint nicht zuletzt daraus zu resultieren, daß diesem der Platz in der Geschichte der politischen Theorien sicher ist, um den sie sich vergeblich bewerben. Der Fernsehschirm verhilft eben doch nur zu Stundenruhm.

Da es ein Gesetz zu sein scheint, daß wissenschaftliche Leistung und politischer Einfluß sich umgekehrt proportional verhalten, ist den Politologen ein beträchtlicher Einfluß sicher. Wenn voller Optimismus erklärt werden kann:

"Die Existenz der deutschen Demokratie wird von der Sozialwirksamkeit der politischen Bildung abhängen" (F. M. Schmölz), dann zeigt sich, daß die Politische Wissenschaft (bei nicht-akademischen Adressaten Politische Bildung heißen) jenes Medium der Charakterwäsche ist, das zur Zeit mit die besten Resultate zeitigt. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (17/1971) berichtet am 19. April 1971 über die Re-education der Deutschen: >>Große Mission

Wir müssen noch einmal die Rolle spielen", klagte US-Staatssekretär Archibald MacLeish im Juli 1945 im besetzten Deutschland, "die wir am Anfang unserer eigenen Geschichte gespielt haben." Die Rolle verglich er mit der "Behandlung eines Kriminellen in einer modernen Strafanstalt".

Die Behandlung ... der US-Besatzer (erhielt) eine Bezeichnung, die amerikanische Psychiater gewöhnlich für die Besserung in Trinkerheilanstalten verwenden und die im Vokabular deutscher Neo-Nationalisten bald für "Umdrehen" oder "Charakterwäsche" stand: "Re-education". Es war der beispiellose Versuch, "das Denken des deutschen Volkes umzuwandeln" (US-Präsident Franklin D. Roosevelt) -- die "Umerziehung" einer Nation, die Hitlers Machtübernahme ermöglicht und seinen Eroberungskrieg geführt hatte, und die -- mindestens zunächst -- für Kriegsverbrechen und KZ-Greuel kollektiv verantwortlich gemacht wurde.

Die Deutschen freilich hielten das US-Projekt eher für eine "Gebrauchsanweisung zur Domestizierung einer wilden Bevölkerung" -- so, ironisch, Freidemokrat Theodor Heuss, Württemberg-Badens erster Nachkriegs-Kultusminister -, zumindest aber für eine "heikle Sache" -- so, lapidar, Christdemokrat Konrad Adenauer, Kölns erster Nachkriegs-OB.

Zur Sache zählten Kriegsverbrecherprozesse ebenso wie Entnazifizierungsverfahren, Zwangsbesichtigungen in geräumten Konzentrationslagern wie Lektionen in der Besatzerpresse aber

vor allem auch, als positives Kernstück der Re-education, die Reform der deutschen Schule. Wie am Anfang ihrer eigenen Geschichte, als Amerikas erste Republikaner erstmals demokratische Grundrechte formulierten, wollten Amerikas Besatzer an Deutschlands Schulen anstelle "pervertierter Konzepte" einen demokratischen "Kanon von Glaubenssätzen" postulieren (so der Vorsatz bei der Jalta-Konferenz der Alliierten von 1945).

In keinem Siegerstaat wurde "Umerziehung" so ausgiebig erörtert wie in den USA. Keine Besatzungsmacht war so wie die amerikanische darauf aus, das Volk der Volksempfänger "am besten durch Erziehungsmaßnahmen in den Kreis der demokratischen Nationen der Welt einreihen zu können" (so die Empfehlung einer US-Schulkommission, die 1946 vier Wochen durch die US-Zone reiste).

Wie braun deutsche Schul-Konzepte im Dritten Reich gewesen waren, dokumentierte den Amerikanern eine Deutsche:

Die emigrierte Dichterstochter Erika Mann beschrieb in einem Bestseller ("Schule für Barbaren"), was in NS-Schulbüchern über Antisemitismus geschrieben stand ("Trau keinem Fuchs auf grüner Heid! Und keinem Jud bei seinem Eid!") und wie Erbfeindschaft wach gehalten wurde ("Du bist ein deutsches Kind, so denke dran, / Was Dir der Feind in Versailles angehtan"). Sobald sie Fibeln lesen konnten, leierte deutsche Grundschüler Sprüche wie: "Adolf Hitler ist der Führer. Adolf Hitler liebt die Kinder. Die Kinder lieben Adolf Hitler. Die Kinder beten für Adolf Hitler." Sobald sie rechnen konnten, zählten sie SA-Kolonnen nach Dreierreihen und Sechsergruppen.

Ziele der US-Schulpolitik sollten freilich nicht nur Lehrstoff und Lehrpersonal sein, nicht nur Aufklärung in neuen Unterrichtsfächern (wie Gemeinschafts- und Staatsbürgerkunde) und durch Schülermitverwaltung. Hauptziel der Schulreform war Chancen- und Bildungsgleichheit durch Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit, hauptsächlich aber durch Einführung der durchlässigen Gesamtschule anstelle des tradierten Zuges von der Volksschule zum Gymnasium -- ein Projekt, das beispielsweise die Sowjetbesatzer in ihrer Zone sogleich mit der dekretierten "Einheitsschule" angingen und das bundesdeutsche Bildungsreformer 25 Jahre nach Kriegsende noch immer nur planen.

Und damit "Heim, Kirche und Marktplatz" nicht "die Früchte systematischer Erziehung vergiften", so formulierte die US-Schulkommission, sollten auch die Erwachsenen belehrt werden: in Volkshochschul-Kursen, etwa über "Irrtümer in der deutschen Geschichte".

Daß -- und warum -- die "große Mission" dann doch "letztlich scheiterte" (US-General Lucius D. Clay), ergründete jetzt der hannoversche Politologe Karl-Ernst Bungenstab in einer Untersuchung über die "Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone" (Karl-Ernst Bungenstab: "Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945-1949". ...). Die Gründe sind, so der Autor, "ebenso simpel wie überraschend": Zur Umerziehung hatten die Amerikaner "so gut wie kein Konzept und so gut wie keine Mittel" (Bungenstab). Und vor allem fehlte es der Mission an Missionaren.

Die Abteilung für "Education and Religious Affairs" (EIRA) der US-Militärregierung, die sich nach Kriegsende in Höchst am Main (später: Berlin-Zehlendorf) niedergelassen hatte, zählte nur 30 Mann, Mitte 1946 das Doppelte: in Umerzieher auf 270.000 Deutsche in der amerikanischen Besatzungszone. Die ERA-Männer verfügten nur über einen Jeep; sie trampelten, wenn sie reisen mußten, oder gingen bei höheren Offizieren "um Fahrzeuge betteln" (so ERA-Offizier Marshall Knappen später in einem Report). "Von Tag zu Tag", klagte US-Besatzungsoffizier und Historiker John Gimbel, "wußte man kaum, wo ein Erziehungsplaner aufzutreiben war."

Als die Amerikaner im Herbst 1945 in der US-Zone die Schulen wieder öffneten "um die Jugend von der Straße zu bekommen" (Clay), gab es keine Lehrpläne und keine Unterrichtsbücher, viel zu wenige und viele alte Lehrer.

In kaum einem anderen Beruf entnazifizierten die Besatzer so gründlich wie unter Lehrern, die den Nazi-Ungeist in Kinderherzen gepflanzt" (Erika Mann) hatten: Im thüringischen Bad Liebenstein hatten US-Truppen die Akten des NS-Erziehungsministeriums gefunden, im bayrischen Bayreuth die Mitgliederkartei des NS-Lehrerbundes, Vorübergehend entlassen wurden, wie zum Beispiel in Würzburg, 90 Prozent des Schulpersonals ...

Übrig blieben an den Volksschulen der US-Zone 14.170 Lehrer -- einer für durchschnittlich hundert Schüler die Hälfte über 60 Jahre alt, häufig nur schlecht ausgebildete Teilzeit-Lehrer und -Lehrerinnen. "Wollen wir etwa" spottete selbst Amerikas "New York Times", "die deutsche Jugend von ausgetrockneten Jungfern inspirieren lassen?"

"Wir werden für die Deutschen völlig neue Schulbücher schreiben müssen", hatte US-Präsident Roosevelt verordnet. Doch die ersten Nachkriegsbücher waren von alter Machart: Nachdrucke einer Kollektion aus der Weimarer Republik, die zufällig in der Columbia-Universität zu New York gefunden worden war.

In der Eile nur oberflächlich revidiert, mußten sie korrigiert oder gar konfisziert werden: Wie Generationen zuvor unterwiesen sie in Frontgeist ("Oh, fiele ich doch im Kugelgezisch"). Wie nach dem Ersten so lokalisierten deutsche Schüler auch nach dem Zweiten Weltkrieg einstige Reichskolonien und berechneten, "welche Nachteile Gebietsabtretungen für die deutsche Industrie darstellen".

Von deutschen Pädagogen entworfene Lehrbücher wurden häufig beanstandet oder zurückgewiesen über ein Drittel von 371 zwischen Mai 1946 und April 1947 eingegangenen Manuskripten. Genehmigt wurde mitunter nur, was durch Auslassen zweifelsfrei geworden war. Der Historiker Henri Brunschwig erinnert, was einer Verwandten beim Durchblättern eines Siebtkläbler-Geschichtsbuches entfuhr: "Sie haben uns Karl den Großen gestohlen!"

Doch so unnachgiebig die Umerzieher an der Lehr-Literatur verfahren, nachsichtig behandelten sie das Lehr-System. Zwar erkannte die US-Schulkommission, daß "autoritäres Einpacken von Stoff noch eine weiterbreitete Lehrmethode" -- war und das "Kastensystem" humanistischer Bildungstradition sich erneut etablierte. Mit Empfehlungen jedoch änderten sie nichts.

"In dem Zwiespalt", so Autor Bungenstab, "ein Volk mit Mitteln, die undemokratisch waren, zur Demokratie erziehen zu wollen", wollten die Amerikaner lieber selber gute Demokraten sein und "die eiserne Faust so lange wie nur möglich verborgen halten" (so eine US-Direktive). So "blieb alles, wie es war" (Bungenstab) -- wie es zu Weimarer Zeiten gewesen war.

"Es ist nicht auszudenken", schrieb 1970 die Bildungspolitikerin Hildegard Hamm-Brücher, "wie viele Umwege, Irrtümer, ideologiebefrachtete Schulkämpfe und Fehlinvestitionen wir uns hätten ersparen können, wenn sich die Schul- und Reformvorschläge der Alliierten bereits in den ersten Nachkriegsjahren durchgesetzt hätten."

Sie setzten sich nicht durch -- in der amerikanischen Zone ebensowenig wie in der britischen und der französischen. Statt dessen begannen traditionalistische und restaurative Kräfte "auf der ganzen Linie zu obsiegen": die Chance der Erneuerung wurde "für zwei Jahrzehnte verspielt" (Hamm-Brücher).

In Bayern etwa, wo man dank CSU und neuer Verfassung "zurückgefunden" hatte "zum Herrgott als der Grundlage allen Daseins", ignorierten die Landespolitiker die "Methoden Kaliforniens" und restaurierten am gründlichsten: nicht nur die christliche Bekenntnisschule, sondern auch die ländliche Zwergschule zur "Pflege dörflicher Kultur" -- so formulierte ein Mann, der nach dem Urteil des US-Landeskommissars George N. Shuster als "grimmiger Katholik" wie "eine formidable Bastion zwischen den Reformern aus Übersee und der bayerischen Tradition" stand: Dr. Alois Hundhammer.

Und selbst im progressiven Hessen protestierten im Februar 1949 Oberschullehrer und Schüler gegen das US-Muster der differenzierten Gesamtschule: "Der Militärregierung darf nicht

erlaubt werden, unser Schulsystem abzutakeln."

Zwar kontrollierten US-Offiziere jahrelang Unterrichtsstunden und Lehrpläne, und sie lehnten wiederholt deutsche Schulreformpläne mit dem Hinweis auf Besatzungs-Direktiven ab. Doch als sich Amerikas Re-education-Experten nach vergeblichem Mühen im Oktober 1948 in Berchtesgaden versammelten, galt schon die neue Devise: "Von der Direktive zur Überzeugung." Und die neue Erkenntnis ("Keine Besatzungsarmee ... hat jemals erfolgreich einem anderen Volk ein dauerhaftes System von Kultur und Bildung zwangsweise übergestülpt") kam auch nicht von ungefähr.

Denn was nun, mit Einrichtungen wie den "Amerika-Häusern" und Studentenaustausch, aktiviert wurde, geschah nicht mehr am Feind von gestern, sondern mit dem Partner von morgen - im Kalten Krieg. Nun ging, so Bungenstab, "antikommunistische Instruktion vor Re-education".<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über das Umerziehungsprogramm der westlichen Siegermächte (x063/614-615): >>... Auch das Programm der Reeducation, der Umerziehung, war kein Erfolg. Um Erzieher, gar "Umerzieher" zu sein, mußte man vor allem Bildung, Menschenkenntnis und ... Menschenliebe besitzen, und man durfte nicht den Eindruck erwecken, daß ein solches "Umerziehungsprogramm" auch jene moralischen, geistigen und geschichtlichen Werte, die selbst der Nationalsozialismus nicht zerstören konnte, einer blassen "Fortschrittstheorie" wegen nunmehr über Bord zu werfen seien. ...

Die amerikanischen "Wiedererzieher" – viele davon linksradikale ehemalige Deutsche -, (versuchten) das deutsche Erziehungswesen von "klassischen Schlacken" zu reinigen und ganz auf den "Fortschritt" (wie sie ihn sahen) umzustellen. Der Versuch, Geschichte und Geschichtsbewußtsein zurückzudrängen, vielleicht gar auszulöschen, gehörte dazu – etwas, wovon sich das deutsche Erziehungswesen bis heute noch nicht erholt hat.

Es gibt über dieses "Reeducation Programme" detaillierte Anweisungen, die sich damals schon, und erst recht heute, unberührt erwiesen von jeder wirklichen Kenntnis deutscher Jugend und deutscher Erziehung.

Hauptziel schien zu sein, die deutsche Jugend davon zu überzeugen, daß der Nazismus, mit seiner Verleugnung ewiger Menschheitsideale, böse war – als ob irgendein Jugendlicher dies 1945/1946 nicht gewußt hätte und als ob nicht gerade unter der Jugend der innere Widerstand gegen den Nazismus am stärksten gewesen wäre! Die Konzentrationslager waren voll von Jugendlichen, denen "bündische Umtriebe", das heißt ein freiheitliches Bestreben vorgeworfen wurde.

In Deutschland dem Lande der Jugendbewegung und der freien Schulgemeinden (Wickersdorf, Odenwaldschule, Schule am Meer, Salem usw.) mit ihrer jahrzehntelangen demokratischen Selbstverwaltung, sollte "das Schulleben so organisiert werden in allen seinen Erscheinungsformen, daß es "Erfahrung im demokratischen Leben vermittelte"!

Und das Jugendleben: Auch da müsse das demokratische Prinzip eingeführt und die Jugend zu wirklicher Selbstbestimmung und Verantwortung erzogen werden! Vom Hohen Meißner, von Gustav Wyneken, Walter Flex und all den anderen scheinen die "Wiedererzieher " nie gehört zu haben. ...<<

23.08.1946

WBZ: Die britische Militärregierung löst am 23. August 1946 in der britischen Zone die Provinzen des ehemaligen Landes Preußen auf und gründet aus den Provinzen Rheinland und Westfalen das Land Nordrhein-Westfalen.

Hinrich Wilhelm Kopf (1893-1961, Oberpräsident von Hannover, später Ministerpräsident Niedersachsens) berichtet am 23. August 1946 (x111/207): >>... Die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Wohnungen und des Wohnungsneubaues ist eine Frage der Beschaffung

des nötigen Baumaterials, die wiederum von der Kohlenlieferung der Industrie abhängig ist. Die Bereitstellung der erforderlichen Arbeitskräfte stößt gleichfalls auf Schwierigkeiten.<<

24.08.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 24. August 1946 aus Bayern (x124/223-225): >>... Seit zwei Wochen leben meine Eltern bei uns.

Mein Vater ist für seine 62 Jahre noch recht rüstig; den ganzen Tag rodet er im Wald Baumstümpfe. Wir werden in diesem Winter nicht frieren, sagt er, wenn ich einwende, daß diese Arbeit für sein Alter und unsere Ernährung viel zu schwer ist.

Alle Leute in der Kolonie und ein guter Teil der Stadtbevölkerung verbringen ihre Freizeit mit Holzsammeln. Der Wald sieht auch wie leergefegt aus und man muß schon weit hineingehen, um am Boden noch einen trockenen Ast zu finden. Am Abend sieht man ganze Scharen mit hochbeladenen Karren heimwärts ziehen.

... Täglich, entweder auf dem Wege zum Amt oder auf der Rückkehr, grase ich die Märkte ab, ob es nicht Gemüse zu kaufen gibt, während meine Freunde mit ländlichen Verbindungen auf der Jagd nach Kartoffeln sind, deren Transport mit der Eisenbahn oder mit Lastwagen durch ein unbegreifliches Gesetz verboten ist.

... Von Zeit zu Zeit komme ich in ein Flüchtlingslager oder besuche ein Dorf, wo Flüchtlinge einquartiert sind. Ich bin ja auf bescheidenste Weise motorisiert.

Die Menschen werden in die Dörfer gepreßt, weil es in den zerstörten Städten keine Unterkünfte für sie gibt. Oft weigern sich die Bauern, sie gegen Verpflegung mitarbeiten zu lassen, weil sie nicht kräftig genug sind. Denn die Leistungsfähigen werden von den Vertreibern zurückgehalten und zu jenen Arbeiten herangezogen, für die sich diese nun, unter den gewandelten Umständen, zu gut halten.

Aber auch diejenigen, die durch den Luft- und Bodenkrieg, durch Plünderung und Entnazifizierung ihre Habe eingebüßt haben, sind nicht viel besser dran. Langsam, aber unentrinnbar fallen auch sie der Verelendung anheim, wenn sie nicht sehr zäh, lebenskräftig und erfindungsreich sind.

Für die ... 50- bis 60jährigen ist die Aussicht gering, bessere Tage zu erleben. Und was haben sie alles durchgemacht! Den Ersten Weltkrieg, die Niederlage, die Inflation, die Weltwirtschaftskrise, die Nazi-Zeit, den Zweiten Weltkrieg und den zweiten Zusammenbruch.

Was haben sie zu erwarten? Das ihr Land Kampfplatz zwischen den Weltmächten wird? Es ist wirklich kein gutes Los und sie sind um ihre gestiegene Lebenserwartung nicht zu beneiden.

In letzter Zeit hatte ich Gelegenheit, einige vor wenigen Jahren noch prominente Leute kennen zu lernen; Bildhauer, Schriftsteller, Verleger, Universitätslehrer. Über ihren Lebenstrümmern liegt kein Hoffnungsschimmer.

So bleiben meine Jahrgänge, reduziert durch den Krieg, aber dank geringerer Vergangenheitsbelastung lebensgierig um jeden Preis. Der Krieg hat sie realistisch und pragmatisch gemacht. Ihre soziale Verpflichtung fassen sie eng; zunächst wollen sie, daß ihre Familien überleben. ... Sie halten die Augen offen und warten ab. Das Überleben ist schon schwierig genug, auch für sie. Ein Engagement wird man ihnen erst abgewinnen, wenn man allen Chancen gibt und keine bloß negative Besatzungspolitik praktiziert.

Leid tun können einem die Kinder, die in diesem Milieu heranwachsen. Von Zeit zu Zeit veröffentlichen unsere Zeitungen die Ergebnisse von städtischen Schuluntersuchungen (ob es so etwas auf dem Lande gibt, weiß ich nicht, doch dürfte dort angesichts der vielen Flüchtlinge die Lage der Kinder noch trostloser sein). So hieß es gestern in einem Bericht aus Nürnberg, daß dort nur 14 % der Schulkinder als zureichend ernährt bezeichnet werden können; 30 % leiden an Hungerödemen. ...<<

28.08.1946

SBZ: Der sowjetische Oberst Tulpanow erklärt am 28. August 1946 bei der Übergabe von

Lizenzen an Wissenschaftliche Verlage in Ostberlin (x111/208): >>... Die progressiven Kräfte des neuen Deutschland erhalten heute weitere Waffen für ihren Kampf um die Gestaltung des echten Humanismus und der echten Demokratie, denn was ist die Presse anderes als die schärfste Waffe in dem geistigen Kampfe um die Umerziehung des Volkes? ...

Diese neuen Zeitschriften und Zeitungen, die morgen schon das Arsenal der deutschen Demokratie bereichern werden, sollen ihr Bestes tun im Kampfe für die demokratische Umgestaltung Deutschlands.<<

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 28. August 1946 (x124/226-227): >>Am Morgen schrieb ich den Bericht vom Todesmarsch der Saazer auf Matrise.

Mit jedem Blatt kroch mir das Grauen über die Greuelthaten tiefer ins Blut. Hat bei Umstürzen dieser Art Bestialität immer einen Freibrief?

Als Schüler liebäugelte ich mit der Revolution; nun da ich einer mit knapper Not entgangen bin und einen winzigen Bruchteil von deren Protokollen aufarbeite, habe ich wohl lebenslang genug davon.

... Was wir tun, erlittenes Unrecht festzuhalten und menschliches Leid der Vergeßlichkeit zu entreißen, ist auf bescheidene Weise nützlich. Man sollte nicht nur von den Opfern der anderen sprechen. ...<<

29.08.1946

WBZ: Die "Stuttgarter Rundschau" berichtet am 29. August 1946 über die damalige Haltung der deutschen Jugend (x111/209): >>Das Lebensgefühl der jungen Generation ist erschüttert. Sie haben soviel von Volk und Gemeinschaft, Dienst und Opfer gehört und sind dann so getäuscht und im Stich gelassen worden, daß sie jede neue Bindung, jeden neuen Redner, jeden gutgemeinten Leitartikel instinktiv ablehnen.

Ihr bisheriges Leben bestand aus Baracken und Kasernen, Massenquartieren und Menschenherden, die sich nur in der Uniformfarbe unterschieden. ...

Jetzt wünschen sie sich im überbevölkerten Lande irgendwo vier eigene Wände. Sie haben genug vom Kollektivismus. Sie wollen weder über noch neben sich jemand fühlen. Sie wollen endlich einmal allein sein. ...<<

30.08.1946

WBZ: Die französische Militärregierung bildet am 30. August 1946 aus der bayerischen Pfalz, den preußischen Regierungsbezirken Koblenz und Trier, 4 Kreisen der preußischen Provinz Hessen-Nassau sowie aus dem linksrheinischen Teil Hessens (Rheinessen) das Land Rheinland Pfalz.

31.08.1946

WBZ: Albert Speer erklärt am 31. August 1946 während seines Schlußwortes im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß (x129/59): >>Die Diktatur Hitlers war die erste Diktatur eines Industriestaates dieser Zeit moderner Technik, eine Diktatur, die sich zur Beherrschung des eigenen Volkes der technischen Mittel in vollkommener Weise bediente. ...

Durch Mittel der Technik, wie Rundfunk und Lautsprecher, konnten 80 Millionen Menschen dem Willen eines Einzelnen hörig gemacht werden.

Telefon, Fernschreiber und Funk ermöglichten, Befehle höchster Instanzen unmittelbar bis in die untersten Gliederungen weiterzuleiten, wo sie wegen ihrer hohen Autorität kritiklos durchgeführt wurden. Zahlreiche Dienststellen und Kommandos erhielten so direkt ihre unheimlichen Befehle. Sie ermöglichten eine weitverzweigte Überwachung der Staatsbürger und den hohen Grad der Geheimhaltung verbrecherischer Vorgänge.

Für den Außenstehenden mag dieser Staatsapparat wie das scheinbar systemlose Gewirr der Kabel einer Telefonzentrale erscheinen -, aber wie diese konnte er von einem Willen bedient und beherrscht werden.

Frühere Diktaturen benötigten auch in der unteren Führung Mitarbeiter mit hohen Qualitäten – Männer, die selbständig denken und handeln konnten. Das autoritäre System in der Zeit der Technik kann hierauf verzichten – schon allein die Nachrichtenmittel befähigen es, die Arbeit der unteren Führung zu mechanisieren. Als Folge davon entsteht der Typus des kritiklosen Befehlsempfängers.

Der Alptraum vieler Menschen, ... daß einmal die Völker durch die Technik beherrscht werden könnten – er war im autoritären System Hitlers nahezu verwirklicht. ...<<

02.09.1946

WBZ: Die US-Militärregierung liefert am 2. September 1946 16 vermeintliche deutsche Kriegsverbrecher an die CSR aus. Zu den Ausgelieferten gehört auch der ehemalige Prager Festungskommandant, General Rudolf Toussaint (1891-1968).

06.09.1946

WBZ: US-Außenminister James F. Byrnes (1879-1972, der 1947 wegen Differenzen mit US-Präsident Truman zurücktritt, erklärt während seiner "Stuttgarter Rede" am 6. September 1946 (x156/34-37, x058/378): >>Ich bin nach Deutschland gekommen, um mich an Ort und Stelle über die mit dem Wiederaufbau Deutschlands verbundenen Probleme zu orientieren und die Ansichten der Regierung der Vereinigten Staaten über einige der vor uns liegenden Probleme mit unseren Vertretern in Deutschland zu besprechen. Wir Amerikaner haben diesen Problemen beträchtliche Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet, weil von ihrer erfolgreichen Lösung nicht nur das künftige Wohlergehen Deutschlands, sondern auch das Europas abhängt.

Wir haben wohl oder übel lernen müssen, daß wir alle in einer Welt leben, von der wir uns nicht isolieren können. Wir haben gelernt, daß Frieden und Wohlergehen unteilbar sind und daß Frieden und Wohlergehen in unserem Land nicht auf Kosten des Friedens und Wohlergehens eines anderen Volkes erkaufte werden können. ...

Das amerikanische Volk will den Frieden. Es hat schon seit langem nicht mehr von einem strengen oder milden Frieden für Deutschland gesprochen. Darauf kam es auch wirklich niemals an. Was wir wollen, ist ein dauerhafter Friede. Wir werden uns gegen zu harte und von Rachsucht diktierte Maßnahmen wenden, die einem wirklichen Frieden im Wege stehen. Wir werden uns zu milden Maßnahmen widersetzen, welche zum Bruch des Friedens einladen.

Als die Vereinigten Staaten in Potsdam der Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands zustimmten und als sie vorschlugen, dafür zu sorgen, daß Deutschland für die Dauer einer Generation entwaffnet und entmilitarisiert bleibt, waren sie sich der auf ihnen und ihren Hauptverbündeten ruhenden Verantwortung für die Aufrechterhaltung und gesetzmäßige Durchführung des Friedens voll bewußt.

Die Befreiung vom Militarismus wird dem deutschen Volke Gelegenheit geben, seine Kräfte und Fähigkeiten den Werken des Friedens zuzuwenden. Es braucht sie nur zu ergreifen. Sie gibt ihm die Gelegenheit, sich der Achtung und Freundschaft friedliebender Völker würdig zu erweisen und eines Tages einen ehrenvollen Platz unter den Mitgliedern der Vereinten Nationen einzunehmen.

Es liegt weder im Interesse des deutschen Volkes noch im Interesse des Weltfriedens, daß Deutschland eine Schachfigur oder ein Teilnehmer in einem militärischen Machtkampf zwischen dem Osten und dem Westen wird. Zweimal in einer Generation haben der deutsche Militarismus und der Nazismus die Gebiete von Deutschlands Nachbarn verwüstet.

Es ist nur recht und billig daß Deutschland sein Teil dazu beitragen soll, diese Verwüstungen wiedergutzumachen. Die meisten Opfer der Naziaggression waren vor dem Krieg weniger begütert als Deutschland. Deutschland darf nicht erwarten, daß diese Opfer ohne fremde Hilfe die Hauptkosten dieser Naziüberfälle tragen sollen.

Die Vereinigten Staaten sind daher bereit, die in den Potsdamer Beschlüssen über die Entmilitarisierung und die Reparationen niedergelegten Grundsätze in vollem Umfange durchzuführen.

ren. Wenn Deutschland jedoch nicht in der in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehenen und geforderten Weise als wirtschaftliche Einheit verwaltet wird, müßten an dem von der Alliierten Kontrollkommission genehmigten Industrieniveau Änderungen vorgenommen werden.

Die Grundlage der Potsdamer Beschlüsse war, daß im Rahmen eines kombinierten Entmilitarisierungs- und Reparationsprogramms Deutschlands Kriegspotential durch Ausschaltung und Demontage seiner Kriegsindustrie und durch Verminderung und Beseitigung schwerindustrieller Anlagen herabgesetzt werden sollte.

Es war vorgesehen, dies soweit durchzuführen, daß Deutschland ein Industripotential belassen bliebe, welches ihm die Aufrechterhaltung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards ohne Hilfe anderer Länder ermöglicht.

Die auf diese Weise zu entfernenden Fabriken sollten als Reparationen an die Alliierten abgeliefert werden. Die aus der russischen Zone zu entfernenden Fabriken sollten der Sowjetunion und Polen zufallen, während die aus den westlichen Zonen zu entfernenden Fabriken teilweise der Sowjetunion, in der Hauptsache jedoch den westlichen Alliierten zufallen sollten.

Ferner wurde eine Aufteilung des deutschen Vermögens im Ausland unter den Alliierten vorgesehen. Nach langen Verhandlungen einigten sich die Alliierten über den Stand, auf den die hauptsächlichsten deutschen Industrien zwecks Durchführung der Potsdamer Beschlüsse herabgesetzt werden sollten.

... Der Stand der Industrie, wie er festgesetzt worden ist, reicht nur aus, das deutsche Volk in die Lage zu versetzen, sich selbst zu versorgen und einen Lebensstandard aufrechtzuerhalten, der den durchschnittlichen Lebensverhältnissen in Europa annähernd gleichkommt.

Dieser Grundsatz bedeutet erhebliche Härten für das deutsche Volk, aber er verlangt von ihm lediglich, die Härten zu teilen, die der Angriff der Nazis dem Durchschnittseuropäer auferlegt hat.

Dem deutschen Volk wurde jedoch nicht die Möglichkeit genommen, sein Los im Laufe der Jahre durch harte Arbeit zu verbessern. Eine industrielle Entwicklung und industrieller Fortschritt wurden ihm nicht verweigert. Gleich den Völkern anderer verwüsteter Länder sollte das deutsche Volk den Wiederanfang mit einer Friedenswirtschaft machen, die nicht imstande ist, ihm mehr als den durchschnittlichen europäischen Lebensstandard zu gewähren.

Dabei sollte ihm nicht das Recht verwehrt werden, mögliche, aufgrund harter Arbeit und einfacher Lebensweise erworbene Ersparnisse für den Aufbau einer Industrie zu verwenden, die friedlichen Zwecken dient.

Dieses war der Grundsatz der Reparationen, wie Präsident Truman ihm in Potsdam zugestimmt hat. Die Vereinigten Staaten werden nicht ihre Zustimmung geben, daß Deutschland größere Reparationen leisten muß, als in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehen wurde.

Die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse ist jedoch dadurch behindert worden, daß der Alliierte Kontrollrat nicht die notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um es der deutschen Wirtschaft zu ermöglichen, als Wirtschaftseinheit zu arbeiten. Die notwendigen deutschen Zentralverwaltungskörper sind nicht geschaffen worden, obgleich die Potsdamer Beschlüsse sie ausdrücklich verlangten. ...

Die Vereinigten Staaten sind der festen Überzeugung, daß Deutschland als Wirtschaftseinheit verwaltet werden muß und daß die Zonenschranken, soweit sie das Wirtschaftsleben und die wirtschaftliche Betätigung in Deutschland betreffen, vollständig fallen müssen.

Die jetzigen Verhältnisse machen es in Deutschland unmöglich, den Stand der industriellen Erzeugung zu erreichen, auf den sich die Besatzungsmächte als absolutes Mindestmaß einer deutschen Friedenswirtschaft geeinigt hatten. Es ist klar, daß wir, wenn die Industrie auf den vereinbarten Stand gebracht werden soll, nicht weiterhin den freien Austausch von Waren, Personen und Ideen innerhalb Deutschlands einschränken können. Die Schranken zwischen den 4 Zonen Deutschlands sind weit schwieriger zu überwinden als die zwischen normalen

unabhängigen Staaten.

Die Zeit ist gekommen, wo die Zonengrenzen nur als Kennzeichnung der Gebiete angesehen werden sollten, die aus Sicherheitsgründen von den Streitkräften der Besatzungsmächte besetzt gehalten werden, und nicht als eine Kennzeichnung für in sich abgeschlossene oder politische Einheiten. ...

Bis jetzt hat sich nur die britische Regierung bereit erklärt, mit ihrer Zone daran teilzunehmen.

...

Wir treten für die wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands ein. Wenn eine völlige Vereinigung nicht erreicht werden kann, werden wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um eine größtmögliche Vereinigung zu sichern. ...

Nun ist es an auch der Zeit, die Grenzen des neuen Deutschlands festzusetzen. Österreich ist bereits als freies unabhängiges Land anerkannt worden. Seine zeitweilige und erzwungene Vereinigung mit Deutschland war für beide Länder kein glücklicher Zustand, und die Vereinigten Staaten sind überzeugt, daß es im Interesse beider Länder und des Friedens für Europa liegt, wenn jedes seinen eigenen Weg geht.

In Potsdam wurden, vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung durch die Friedenskonferenz, bestimmte Gebiete, die einen Teil Deutschlands bildeten, vorläufig der Sowjetunion und Polen zugewiesen. Damals waren diese Gebiete von der Sowjetarmee und von der polnischen Armee besetzt. Es wurde uns gesagt, daß die Deutschen aus diesen Gebieten in großer Zahl flüchteten und daß es im Hinblick auf die durch den Krieg hervorgerufenen Gefühle tatsächlich schwierig sein würde, das wirtschaftliche Leben dieser Gebiete wieder in Gang zu bringen, wenn diese nicht als integrale Bestandteile der Sowjetunion bzw. Polens verwaltet würden.

Die Staatsoberhäupter erklärten sich damit einverstanden, bei den Friedensregelungen den Vorschlag hinsichtlich der endgültigen Übertragung der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion zu unterstützen. Sofern die sowjetische Regierung ihre Auffassung diesbezüglich nicht ändert, werden wir an diesem Abkommen festhalten.

Was Schlesien und andere ostdeutsche Gebiete anbetrifft, so fand die zur Verwaltungszwecken erfolgte Übergabe dieses Gebietes durch Rußland an Polen vor der Potsdamer Zusammenkunft statt. Die Staatsoberhäupter stimmten zu, daß Schlesien und andere ostdeutsche Gebiete bis zur endgültigen Festlegung der polnischen Westgrenze durch den polnischen Staat verwaltet und zu diesem Zweck nicht als Teil der russischen Besatzungszone in Deutschland angesehen werden sollten. Wie aus dem Protokoll der Potsdamer Konferenz hervorgeht, einigten sich die Staatsoberhäupter jedoch dahingehend, die Abtretung eines bestimmten Gebietes zu unterstützen.

Rußland und Polen haben schwer durch Hitlers einfallende Armeen gelitten. Durch das Abkommen von Jalta hat Polen an Rußland das Gebiet östlich der Curzon-Linie abgetreten. Polen hat dafür eine Revision seiner nördlichen und westlichen Grenzen verlangt. Die Vereinigten Staaten werden eine Revision dieser Grenzen zugunsten Polens unterstützen. Der Umfang des an Polen abzutretenden Gebietes kann jedoch erst entschieden werden, wenn das endgültige Abkommen darüber getroffen ist.

Die Vereinigten Staaten finden, daß Frankreich, in welches Deutschland innerhalb von 70 Jahren dreimal eingefallen ist, seinen Anspruch auf das Saargebiet, dessen Wirtschaft mit Frankreich eng verbunden ist, nicht verweigern können. Natürlich müßte Frankreich, wenn ihm das Saargebiet eingegliedert wird, seine Reparationsansprüche an Deutschland entsprechend ändern.

Von diesen Veränderungen abgesehen, werden die Vereinigten Staaten keine Eingriffe in unbestritten deutsches Gebiet oder eine Aufteilung Deutschlands, die nicht dem echten Willen der Bevölkerung entspricht, unterstützen. Soweit den Vereinigten Staaten bekannt ist, wünscht

die Bevölkerung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes mit dem übrigen Deutschland vereinigt zu bleiben, und die Vereinigten Staaten werden sich diesem Wunsch nicht widersetzen. ...<<

>>... Für einen erfolgreichen Wiederaufbau Deutschlands ist eine gemeinsame Finanzpolitik wesentlich. Eine unkontrollierbare Inflation, begleitet von einer wirtschaftlichen Lähmung, ist fast mit Sicherheit zu erwarten, wenn keine gemeinsame Finanzpolitik zur Steuerung der Inflation besteht. Ein Programm drastischer Haushaltsreformen ist dringend erforderlich, um den Währungsumlauf und die Geldforderungen zurückzuschrauben, die Schuldenlast zu revidieren und Deutschlands Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen. ...

Wenn aber eine verheerende Inflation verhindert werden soll, müssen völlig aufeinander abgestimmte Maßnahmen beschlossen werden und in allen Zonen einheitlich angewandt werden. Um ein Programm dieser Art wirksam durchzuführen, ist eine zentrale Finanzbehörde offensichtlich notwendig. ...

Die Potsdamer Beschlüsse sahen nicht vor, daß Deutschland niemals eine zentrale Regierung haben sollte. Sie bestimmten lediglich, daß es einstweilen noch keine zentrale Regierung geben sollte. Dies war nur so zu verstehen, daß keine deutsche Regierung gebildet werden sollte, ehe eine gewisse Form von Demokratie in Deutschland Wurzel gefaßt und sich ein örtliches Verantwortungsbewußtsein entwickelt hätte. ...

Die Vereinigten Staaten treten für die baldige Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung ein. Fortschritte in der Entwicklung der örtlichen Selbstverwaltung und der Landesselbstveraltungen sind in der amerikanischen Zone Deutschlands erzielt worden, und die amerikanische Regierung glaubt, daß ein ähnlicher Fortschritt in allen Zonen möglich ist.

Die amerikanische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die vorläufige Regierung nicht von anderen Regierungen ausgesucht werden soll, sondern daß sie aus einem deutschen Nationalrat bestehen soll, der sich aus den nach demokratischen Prinzipien verantwortlichen Ministerpräsidenten oder anderen leitenden Beamten der verschiedenen Länder zusammensetzt, die in jeder der 4 Zonen gebildet worden sind.<<

UdSSR: Der sowjetische Außenminister Molotow erklärt am 6. September 1946 gegenüber einem Pariser Korrespondenten, daß die Oder- Neißelinie die endgültige deutsche Ostgrenze sei (x111/212).